

DAS NACHRICHTENPORTAL RHEIN-NECKAR

**morgenweb****UMFRAGE:** Bevölkerung mehrheitlich gegen Vorratsdatenspeicherung / Widersprüche bleiben

## Freiheit kontra Sicherheit

Von unserem Redaktionsmitglied Julia Lauer

**HEIDELBERG.** Bürgerrechtler und Datenschützer zitieren häufig den amerikanischen Staatsmann Benjamin Franklin. "Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren", soll dieser schon im 18. Jahrhundert gewarnt haben. Dass seine mahnenden Worte in der Gegenwart noch immer aktuell sind, zeigt der aktuelle Freiheitsindex, den das John-Stuart-Mill-Institut für Freiheitsforschung gestern vorgestellt hat.

### Wertschätzung sinkt

Denn, so das Résumé des 46 Seiten umfassenden Papiers: Die Wertschätzung der Freiheit in der Bevölkerung ist leicht gesunken. In diesem Jahr ging das Heidelberger Institut zum vierten Mal der Frage nach, ob den Bürgern Selbstbestimmung oder Sicherheitsbedürfnis stärker am Herzen liegen. Bei der Beantwortung dieser Frage half unter anderem das Institut für Demoskopie Allensbach, das insgesamt mehr als 1500 Personen interviewte. Thematischer Schwerpunkt war in diesem Jahr das Internet.

Dabei zeigte sich: Zumindest was den Umgang mit ihren Daten betrifft, scheinen die Menschen in Zeiten der Späh-Affären und Abhörskandale reichlich sensibilisiert; viele fürchten Eingriffe in ihre Privatsphäre. So meinen zwei Drittel der Befragten, dass die Überwachung durch ausländische Geheimdienste via Internet die Freiheit in Deutschland bedroht, und beinahe ebenso viele sorgen sich darum, dass Unternehmen im Netz ihre persönlichen Daten sammeln und weitergeben.

Doch längst nicht alle lassen solchen Ängsten Taten folgen: So steigt etwa der Anteil derer, die beim Einkaufen auf Kundenkarten zurückgreifen und somit bereit sind, ihr Konsumverhalten elektronisch erfassen zu lassen, stetig: 54 Prozent der Befragten nehmen an mindestens einem Bonusprogramm teil. 2011 waren es noch 46 Prozent.

Damit enden die Widersprüche nicht. Nur elf Prozent der Befragten halten staatliche Vorratsdatenspeicherung für ein probates Mittel zum Schutz der Bürger und stellen sich somit gegen diesen Eingriff in ihre Freiheiten. Und trotz all der Sorgen um die Datensammelei durch Unternehmen im Internet bringt die überwältigende Mehrheit Verständnis für die Firmen auf: Mehr als jeder Zweite äußert, die Unternehmen seien auf Daten ihrer Kunden angewiesen, um ihnen Dienste anbieten zu können; hingegen plädiert nicht einmal jeder Dritte für ein Gesetz, das die Bürger vor dem Missbrauch ihrer Daten schützt. Ein Blick auf die Altersstruktur der Befragten zeigt: Je jünger sie sind, desto skeptischer sehen sie staatliche Eingriffe. Je älter sie sind, desto skeptischer stehen sie Unternehmen gegenüber.

Dass die Mehrheit der Bevölkerung staatliche Eingriffe zum Schutz vor den Aktivitäten der Internet-Unternehmen ablehne, sei überraschend, heißt es in dem Bericht: "Denn die Deutschen neigen im Allgemeinen eher dazu, dem Staat sehr weitreichende Kompetenzen zuzusprechen, wenn diese dem Ziel der Sicherheit zu dienen scheinen."

© Mannheimer Morgen, Mittwoch, 08.10.2014